

Meinung

Berliner Kitas

Zu wenig Spielraum

PHILIP AUBREVILLE

Wenn an diesem Montag der Regelbetrieb in den Berliner Kitas eingeschränkt wird, ist das ein Kompromiss, der allen Beteiligten gerecht werden soll. Während das Ansteckungsrisiko und die Arbeitsbelastung für die Erzieherinnen und Erzieher durch feste Kleingruppen reduziert werden, können sich die Eltern immerhin auf eine Betreuungszeit von mindestens sieben Stunden verlassen.

Tatsächlich ist das Vorgehen von Bildungssenatorin Astrid Sabine-Busse angesichts der grassierenden Omikron-Variante durchaus sinnvoll. Das Problem ist nur: Wer nicht gerade im Homeoffice arbeiten kann und eine Vollzeitstelle, womöglich am anderen Ende der Stadt hat, kann die neuen Einschränkungen in seinem (Arbeits-)Alltag kaum auffangen. Die Bereitschaft vieler Eltern, die aus verkürzten Betreuungszeiten resultierende Mehrbelastung zu bewältigen, wird mit der neuen Regelung stillschweigend vorausgesetzt. Wieder einmal. Dazu passt das Angebot, dass auch Eltern für die Betreuung in den Kitas einspringen könnten, ganz so, als gäben sie ihre Kinder zum Spaß in die Einrichtungen – und als wären ausgebildete Erzieher in ihrer Tätigkeit beliebig austauschbar.

Eine kurzfristige Lösung wird es kaum geben: Zu klein ist der Spielraum vieler Eltern und ihrer Arbeitgeber, die hier gleichwohl nicht immer stark genug in die Mitverantwortung genommen werden. Und zu klein ist der Spielraum der Kitas mit ihrer oft dünnen Personaldecke. Hier muss Bildungssenatorin Busse ansetzen und den Ausbau der Berliner Kita-Landschaft beherzt und vor allem zügig weiterverfolgen. Mehr Personal würde nicht nur eine pandemiekonforme Betreuung ermöglichen. Es würde auch das in Vergessenheit geratene Problem entschärfen, dass die Kitaplatz-Suche in Berlin für viele Eltern noch immer eine Odyssee ist.

U-Bahn zum Flughafen

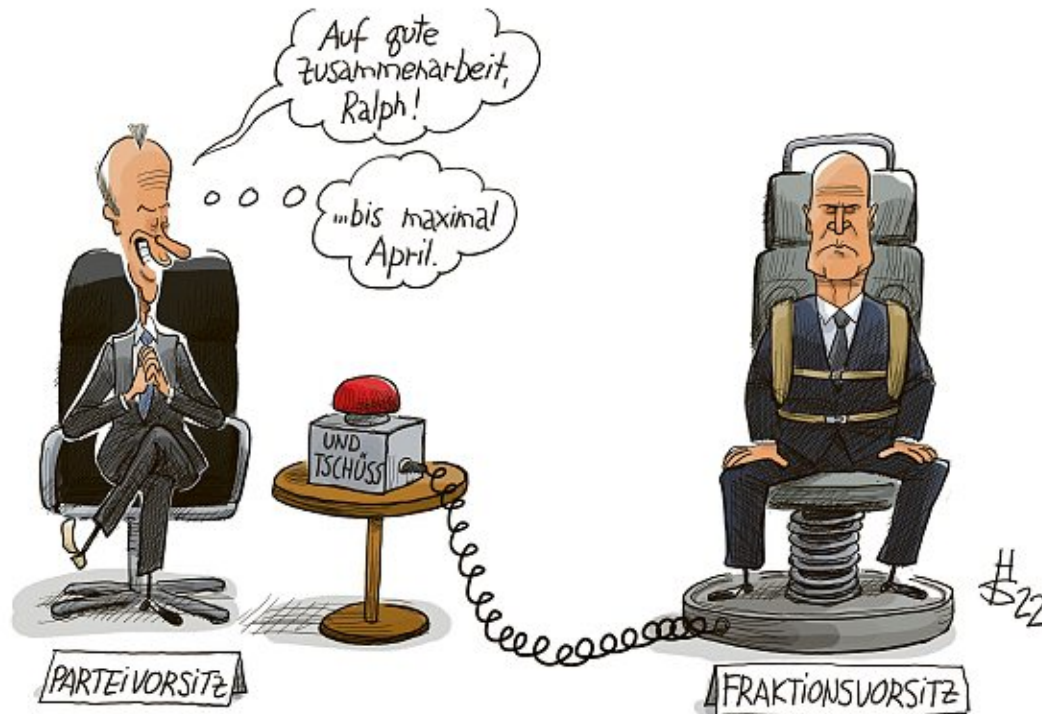
Teuer und unwichtig

PETER NEUMANN

In einer anderen, besseren Welt wäre es schön, wenn der Flughafen BER auch noch einen U-Bahn-Anschluss hätte. Nice to have, sagt der Engländer. In der Tat wäre es schön, sie zu haben, die U7 zum BER. Obwohl: Wäre sie wirklich die erste Präferenz zum Beispiel für Charlottenburger oder Schöneberger, die zum Flughafen wollen? Werden sie sich wirklich mit ihren Rollkoffern in die U7 drängen, um auf der jetzt schon längsten U-Bahn-Linie Berlins eine lange Reise quer durch die Stadt anzutreten?

Entgegen einer unausrottbaren Legende ist der Flughafen gut ans Nahverkehrsnetz angeschlossen. Schon heute fahren stündlich sechs S-Bahnen und vier Regionalzüge dorthin. Mit der Eröffnung der neuen Dresdener Bahn 2025 wird das Angebot noch größer. Von den BVG-Bussen, die allein Rudow mit dem BER bis zu zehn Mal stündlich verbinden, wollen wir erst gar nicht reden. In einer anderen, besseren Welt stünden genug Planer bereit, um die U7 zum BER zu planen. Weil es Geld zuhauf gäbe, wäre auch eine Milliarde Euro für den Bau kein Problem. Doch wir leben in einer Welt, in der gute Ingenieure rar sind und das Geld wieder knapp zu werden droht. In einer Welt, in der es wichtigere Projekte gibt als den x-ten Schienenweg zu einem Flughafen mit auf absehbare Zeit mäßigem Verkehr.

Es mag ja sein, dass viele Berliner U-Bahnen gut finden – wenn auch oft nicht etwa, weil sie dort als Fahrgast unterwegs sein wollen, sondern weil U-Bahnen Autos nicht behindern. Allerdings würden es noch mehr Menschen schätzen, wenn wieder S-Bahnen nach Falkensee, Velten und Rangsdorf fahren, wenn auch andere im Kalten Krieg gekappte Verbindungen endlich wieder hergestellt würden. Politik muss Prioritäten richtig setzen. Die U7 zum BER ist nice to have – mehr nicht.



Machtteilung mit Verfallsdatum

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Besser hätte dieser Parteitag für Friedrich Merz nicht laufen können. Etwas über 80 Prozent Zustimmung hatte er sich selbst ausgerechnet, um seine Wahl zum Parteivorsitzenden als Erfolg zu werten. Die Delegierten gaben ihm auf dem zweiten digitalen Parteitag der Union mehr als 95 Prozent der Stimmen. Das machte ihn selbst ein bisschen sprachlos. Fast hätte ihn sogar die Rührung übermannt. Als er die Wahl annahm, war Merz den Tränen nah. Ein kleiner Gänsehautmoment auf einem Parteitag, der eher nüchtern abgewickelt wurde, weil er wieder online stattfinden musste.

Fast hätte man in diesem Augenblick vergessen können, dass es bereits der dritte Anlauf ist, der Merz nun endlich auf den Chefposten befördert. Zuvor musste er sich erst Annegret Kramp-Karrenbauer und danach Armin Laschet geschlagen geben. Erst nachdem die beiden gescheitert sind und nachdem die Union die Bundestagswahl im vergangenen Jahr gründlich in den Sand gesetzt hat, darf Merz das Ruder übernehmen. Anders gesagt: Er übernimmt eine Partei, die am Boden liegt.

Für ihn ist das vielleicht kein schlechter Ausgangspunkt, denn nun kann es ja nur noch aufwärts gehen. In seiner Bewerbungsrede schlug er auch gleich die richtigen Töne dafür an. Er zeigte seiner Partei eine Richtung für die Oppositionsarbeit auf, die man von ihm noch vor kurzem nicht erwartet hätte: Es ist die Sozialpolitik, in der der neue Vorsitzende die aussichtsreichste Perspektive für die CDU sieht, sich zu profilieren.

Die Aussage, dass die Sozialpolitik nicht der Reparaturbetrieb des Kapitalismus ist, sondern Bestandteil der marktwirtschaftlichen Ordnung, hätte man dem ehemaligen Blackrock-Manager noch vor einiger Zeit nicht zugetraut. Dass Deutschland ein Rentensystem braucht,

CDU

Probezeit für Merz



CHRISTINE DANKBAR

das es auch Jüngeren noch möglich macht, ein nennenswertes Einkommen im Alter zu haben, hat er im innerparteilichen Wahlkampf bereits mehrmals betont. Falsch ist das nicht. An eine Rentenreform, die den Namen verdient, hat sich noch keine Partei so richtig getraut – obwohl es mehr als dringend ist, dieses Thema bald anzugehen. Und wie Merz richtig bemerkte: Die CDU ist nun keine Regierungspartei mehr und muss auf keinen Koalitionspartner Rücksicht nehmen.

Das sind die guten Nachrichten. Zu den schlechten gehört, dass die Konsolidierung der Partei Zeit in Anspruch nehmen wird, die die Partei eigentlich nicht hat. Gleich vier Landtagswahlen stehen in diesem Jahr an. Die erste ist schon im März im Saarland. Dort liegt die SPD in Umfragen derzeit noch vor der Partei des

CDU-Ministerpräsidenten Tobias Hans. Der baut schon mal vor und erklärte in Interviews am Rande des Parteitages, dass es im Saarland ausschließlich um landeseigene Themen gehen werde. Das klingt nicht gerade so, als erwarte Hans größeren Rückenwind aus dem Konrad-Adenauer-Haus.

Der größte Konflikt aber wartet in der Bundestagsfraktion. Dort ist Ralph Brinkhaus der Fraktionschef und das noch bis April. Doch so lange kann Merz auf keinen Fall warten, um die nächste wichtige Führungsfrage zu klären. Wenn er als Parteivorsitzender mehr sein will als ein freundlicher älterer Herr, der am Grundsatzzprogramm schreibt oder schreiben lässt, dann muss er die Personalie für sich entscheiden. Das weiß niemand besser als er und das schon seit 20 Jahren: Damals hat ihn Parteichefin Angela Merkel von der Spitze der Fraktion verdrängt, um die Oppositionsarbeit zu bündeln, wie sie damals sagte. Merz verzichtete seinerzeit auf eine Kampfkandidatur gegen sie. Er kann aber nicht damit rechnen, dass Brinkhaus das jetzt nun ebenfalls so handhabt.

Aus der Fraktion ist dazu immer wieder nur der hilflose Appell zu hören, dass man darauf vertraue, dass es einen Kompromiss gebe. Das heißt im Klartext aber auch: Es gibt noch keinen. Von Brinkhaus gab es am Samstag nur ein betont gut gelauntes Grußwort, in dem er darauf verwies, wie wichtig die Oppositionsarbeit der CDU ist.

Er weiß, dass er sich auf viele in der Fraktion verlassen kann. Dort stehen die Zeichen sehr viel weniger auf Neuanfang, als das an der Basis der Fall sein mag. In der Fraktionsspitze tummeln sich eine Reihe ehemaliger Minister und Staatssekretäre. Auch bei den Ausschussvorsitzenden gehen sie nicht leer aus. Friedrich Merz hat die eigentliche Nagelprobe also noch vor sich.

Kolumne

Namen verdienen Respekt

MIRAY CALISKAN

Ich begegnete in der Schule einem einzigen Erwachsenen, der sich stets bemühte, meinen Namen richtig auszusprechen: mein Deutsch- und Musiklehrer. „Tschaliskan“, rief er in den Raum, wenn er die Anwesenheitsliste für das Klassenbuch abklapperte. Oder: „Dschalischkahn“. Seine Aussprache war immer unterschiedlich, die Betonung ebenso. Mal lag sie auf „tsch“, mal auf „li“, mal auf „kan“. Als Schülerin fragte ich mich, wieso er es jedes Mal aufs Neue versuchte, wieso er es nicht auf der „eingedeutschten“ Form Caliskan beruhen ließ – fast so ausgesprochen wie geschrieben: Kaliskan. Ich korrigierte seine Aussprache aber auch nie, weil mir das damals zu unhöflich vorkam. Also hörte ich ihm jahrelang zu, wie er aus einem Namen Dutzende Versionen kreierte.

Erst vor einigen Jahren wurde mir bewusst, wie wichtig, nein, wie notwendig es ist, einen Namen korrekt auszusprechen und vor allem auch zu schreiben. Weil ich mich einfach nicht daran gewöhnen konnte, als „Calikan“, „Kaliska“ oder „Mirai“, „Mirey“ oder „Mireya“ angeschrieben zu werden. Immer und immer wieder – manchmal von ein- und demselben Absender, obwohl ich auf die falsche Schreibweise aufmerksam gemacht habe. Ich dagegen überprüfe die Anrede, sollte ich eine Mail verfassen, mindestens dreimal, um bloß keinen Fehler einzubauen. Das Thema hat in meinen Augen auch nicht ausschließlich etwas mit Migration zu tun – wobei vermutlich Menschen aus Einwandererfamilien, die entsprechend

„untypische“ Vor- und Nachnamen haben, damit öfter zu kämpfen haben als andere – sondern vielmehr mit Respekt.

Ja, es stört mich, als „Herr Caliskan“ angeschrieben zu werden. Was an meinem Vornamen mutet männlich an? Wenn die Person, die die Mail oder den Brief verfasst, sich nicht sicher ist, ob männlich oder weiblich, weil Miray vielleicht ähnlich klingt wie Kiran oder Kilian – wieso schaut sie es nicht nach? Das nimmt zehn Sekunden Zeit in Anspruch und erspart mir die Rückmeldung: „Hallo, es ist Frau Caliskan und nicht Herr.“

Bin ich affektiert, wenn mich diese Fehler aufregen? Ganz sicher nicht. Viele Menschen empfinden es als eine mikroaggressive Botschaft, falsch angesprochen oder

angeschrieben zu werden, sie fühlen sich dadurch bewusst oder unbewusst abgewertet – und ich kann das gut nachvollziehen, vor allem dann, wenn der Kollege den Namen zum dritten Mal falsch ausspricht, obwohl geduldig wiederholt.

Denn die Frage, die auch Sahika Tetik und Hülya Bozkurt-Weller in ihrem Podcast „Cay mal ehrlich“ stellen, ist ja berechtigt: Wie kommt es, dass Francesco, Madeleine gar Alejandra und Zoe intuitiv korrekt ausgesprochen werden – aus Gamze aber ein aggressives „Gammtdtze“ gemacht wird und aus Samir ein langgestrecktes „Saaahmia“. Mein Vorname wird beispielsweise mit einem rollenden R ausgesprochen. Die Betonung liegt also nicht auf „Mi“ (oder „Mia“), sondern in der Mitte auf dem R. Was hält die Menschen davon ab, einfach mal nachzufragen, wenn sie sich nicht sicher sind, wie der „migrantische“ Vor- oder Nachname ausgesprochen wird? Wieso deutschen sie ihn lieber unbeholfen ein? Was hält eigentlich mich davon ab, meinen Vornamen türkisch – also korrekt – auszusprechen? Denn auch ich selbst deutsche ihn inzwischen oft ein.

Auch finde ich es schlimm, dass in den meisten deutschen Zeitungen Sonderzeichen technisch gar nicht oder nur in Ausnahmefällen gedruckt werden können. Deshalb ist nur in einer einzigen meiner Spalten mein Familienname mit den drei türkischen Sonderzeichen erschienen. Tut mir leid, an dieser Stelle, liebe Sahika vom Podcast – ausgesprochen: Schahika.

Zitat

„Man kann eine gesellschaftliche Stimmung erahnen, die von der Feindschaft aller gegen alle geprägt ist.“

Dirk von Lowtzow, Tocotronic-Sänger, sieht die Heftigkeit von Auseinandersetzungen etwa in sozialen Medien mit Besorgnis.

Auslese

Wiederkehr der alten Phrasen

Zur Reaktion des Vatikans auf das Münchner Gutachten zum jahrzehntelangen Missbrauch in der katholischen Kirche schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „Was die Autoren der Studie, die das Verhalten der Münchner Bischöfe seit 1945 untersucht haben, dabei zutage förderten, bestätigt das schlechte Bild, das viele Deutsche vom Gebaren der katholischen Kirche haben: Ging es um sexuellen Missbrauch, schauten die Kirchenfürsten auch in München oft weg, so als sei es unter ihrer Würde, sich um derart unappetitliche Angelegenheiten zu kümmern. Als Münchner Erzbischof erwies sich Ratzinger (der spätere Papst Benedikt XVI.) als ebenso fehlerhaft wie seine Vorgänger und Nachfolger; in mindestens vier Fällen, in denen Priester Minderjährige missbraucht haben sollen, hat er offenbar nichts unternommen und damit nicht nur in Kauf genommen, dass mutmaßliche Übeltäter straflos davonkamen, sondern auch, dass sie weitermachen konnten wie bisher.“ Benedikt schulde dem Kirchenvolk und der Öffentlichkeit eine Erklärung.

La Stampa aus Turin kommentiert: „Die Mitteilung des Vatikans nach der Veröffentlichung des deutschen Berichts war eine Wiederkehr der alten Phrasen wie bei jedem bisherigen Skandal: Nachdem ‚Scham und Reue‘ ausgedrückt wurde, teilt der Heilige Stuhl mit, er beständige ‚den eingeschlagenen Weg für den Schutz der Kleinsten, indem ihnen ein sicheres Umfeld garantiert wird.‘ Das Blatt fährt fort: „Wenn die Kirche weiterhin ihre Augen verschließt vor den Vorgängen der Vergangenheit und einen Schlussstrich ziehen will im Gegenzug zum Versprechen, künftig solche Verbrechen verhindern zu können, wird sie nie aus diesem Drama rauskommen, wird nicht glaubwürdig sein.“ (fs.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Redaktionsleiter: Tobias Müller (VStP)

Textchefin: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Müller

Dossier: Anja Reich

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger

Sport & Leidenschaft: Christian Kattner (komm.)

Chef Fotoredaktion: Paulus Pontzak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind

verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktion Print: Heike Fischer

Chefin Open Source: Wiebke Hollersen (komm.)

Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-bz@berlinerzeitung.de

Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller

Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27 77, Fax +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BV Vermarktung GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin

Anzeigenannahme: +49 30 23 75 16; Fax +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2022.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,

Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung wöchentlich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht

kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.